

# Ständeräte gegen AHV-Mischindex

Kommission spart 100 Millionen mehr ein

Die Finanzkommission des Ständerates beschloss am Mittwoch beim Sanierungsprogramm acht Abweichungen vom Nationalrat. Bei der Festlegung der AHV-Rente wird auf die obligatorische Einbeziehung der Lohnsteigerung (Mischindex) verzichtet. Die AHV/IV-Prämien für Selbständigerwerbende werden erhöht, um die Reduktion des Bundesbeitrags zu kompensieren. Die Kommission schneidet um 100 Millionen besser ab als der Nationalrat.

■ VON WILLY SCHENK, BERN

Beim Sparen folgten die Ständeräte verschiedentlich dem Bundesrat. Sie strichen die Baubeiträge bei der Berufsbildung, die Viertelsrente bei der IV und die Ausgleichsbeiträge für nicht genutzte Wasserkraft in der Greina-Ebene. Gekürzt wurde wie beim Bundesrat der Beitrag für Schweizer Radio International. Dagegen verzichteten die Ständeräte auf die Kürzung bei den Schutzbauten. Und die kantonale Kompetenz für die Vergabe der persönlichen militärischen Ausrüstung soll erst 1998 aufgehoben werden.

Nur knapp (mit 5 zu 4 Stimmen) folgte die Kommission dem Nationalrat beim ver-

billigten Treibstoff für Landwirtschaft und Regionalverkehr. Hier ist nach der Einschätzung von Berichterstatter Willy Loretan (FDP, Aargau) das letzte Wort noch nicht gesprochen. Unbestritten waren der Verzicht auf höhere Benzinabgaben und auf die Ausweitung der Zweckbindung bei der Strassenkasse. Die Proportionalsteuer will auch der Ständerat im Rahmen einer Steuerreform für Unternehmen einführen.

Mit einer Reduktion des strukturellen Defizits um 2,5 Milliarden (1997) bleibt auch die Kommission des Ständerates weit hinter den vom Bundesrat vorgeschlagenen 4 Milliarden zurück. Sie will dem Bundesrat mit einer Motion den Abbau von Beamtenstellen und eine Plafonierung der Sachausgaben auferlegen. Neue Ausgaben sollen anderswo kompensiert werden.

## Volksverdikt über Sparpaket?

Sollte die Streichung des Mischindex im März vom Ständerat übernommen werden und die Differenzbereinigung mit dem Nationalrat überleben, so droht ein Referendum. Ein solches könnte mit dem Bundesbeschluss D eine ganze Reihe von gesetzlichen Sparbeschlüssen wiederaufheben und damit die Sanierungsbemühungen vollends zum Misserfolg machen.